

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Rheingönheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Freitag, den 27.01.2017
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

Anwesend waren:

Ortsvorsteherin

Julia Caterina Appel

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Joachim Zell

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Peter Niedhammer

Stefan Röth

Dieter aus den Birken

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Volker Ritthaler

Ursula Seibel

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

Schriftführer/in

Martina Majorosi

Entschuldigt fehlten:

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteherin
3. Neubau von 11 Einfamilienhäusern Hoher Weg/Schulgässchen
Vorlage: 20173777
4. Anliegerverkehr in der Limesstraße
Vorlage: 20173776
5. Zustand der Straßen im Stadtteil Rheingönheim
Vorlage: 20173778
6. Altglascontainer in Rheingönheim
Vorlage: 20173780
- 6.1. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Umsetzung der Glas- und Kleidersammelcontainer Altholzweg
Vorlage: 20173781
7. Einrichtung eines Müllsammelplatzes im Neubruch
Vorlage: 20173779
8. Evaluierung der neuen Eintrittspreise im Wildpark
Vorlage: 20173775
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Hausärztliche Versorgung im Stadtteil
Vorlage: 20173749
10. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Gelder zur Renovierung der Außenfassade des Gemeindehauses
Vorlage: 20173782
11. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sanierung der Trauerhalle auf dem Rheingönheimer Friedhof
Vorlage: 20173748
12. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Erstellung einer Ortsgeschichte durch die Verwaltung
Vorlage: 20173745
13. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Alternative Bestattungsformen
Vorlage: 20173746

14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Neuer "Masterplan für die Grünflächenpflege in Ludwigshafen am Rhein"
Vorlage: 20173747
15. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Entfernung eines Zusatzschildes bei der Einmündung der Hauptstraße in die Kornackerstraße
Vorlage: 20173744

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Frau Ortsvorsteherin Appel begrüßt die anwesenden Teilnehmer und eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Die Ortsvorsteherin teilt mit, dass Frau Ortsbeirätin Seibel (CDU) ihr verspätetes Eintreffen angekündigt hat.

Die Tagesordnungspunkte mit externer Referentenbeteiligung werden entsprechend vorgezogen.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 2 Bericht Ortsvorsteherin

Frau Ortsvorsteherin Appel berichtet, dass sie vom Bereich Tiefbau die Mitteilung erhalten hat, dass die Widmung der Straßen im Neubruch Anfang 2017 erfolgen soll.

Im Neubruch gab es im Dezember 2016 Beschwerden über Jugendliche, die sich an der Bahnstrecke auf den Bänken aufgehalten haben, unter Alkoholeinfluss standen und auch randaliert haben mit Glasflaschen. Der Kommunale Vollzugsdienst hat verstärkt Kontrollen durchgeführt und auch mit den Jugendlichen gesprochen. Es wurden keine neuen Vorfälle bis jetzt bekannt.

zu 3 Neubau von 11 Einfamilienhäusern Hoher Weg/Schulgässchen

Frau Ortsvorsteherin Appel erläutert, dass der Bereich Stadtplanung auch mitbeteiligt war, aber heute Abend nicht teilnehmen wird, da Herr Pohl von der Firma Pohl Projektentwicklung mit seinen Kollegen der Firma BSP die Vorstellung übernehmen wird. Ein wichtiges Anliegen der Ortsvorsteherin war die Verbreiterung des schmalen Gehwegs vor dem Grundstück im Hohen Weg. Hier wurde eine eigentumsrechtliche Lösung gefunden, ein Teil des Grundstücks wurde an die Stadt verkauft, so dass der Gehweg auf eine einheitliche Wegbreite verbreitert werden kann. Die Einfriedung zum Grundstück wird mit einer Hecke versehen, um optisch ein schönes Bild abzugeben. Frau Appel bedankt sich für die Kooperation des Eigentümers.

Herr Pohl stellt zunächst Herrn Schaaf und Frau Deubel von der Firma BSP Wohnkonzepte vor und erläutert das Bauvorhaben.

Auf dem Grundstück Ecke Schulgässchen/Hoher Weg sollen elf Einfamilienhäuser neu gebaut werden. Vom Bereich Stadtplanung gab es bestimmte Vorgaben, welche umgesetzt wurden, sowohl bei den Zufahrten als auch bei der Lage der Baukörper und der Begrünung. Die Baugenehmigung wurde in dieser Woche von Frau Grimm, Bereich Bauaufsicht, erteilt. Es handelt sich um elf vollunterkellerte Reihenhäuser mit Erdgeschoß, Obergeschoß und ausbaufähigem Dachgeschoß. Jedes Haus hat einen Stellplatz und entweder eine Garage oder einen Carport. Es gibt zwei Zufahrten über den Hohen Weg. Jedes Haus hat vier Fahrradabstellplätze. Es gibt eine einheitliche Begrünung. Der Gehweg wird einheitlich verbreitert. Der Bereich Stadtplanung hat vorgegeben, dass die Hausflucht aufgenommen wird und die markante Ecke am Schulgässchen städtebaulich aufgefasst wird.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) hätte die Zufahrtsregelung über eine Verbreiterung des Schulgässchens gelöst. Er befürchtet, dass es zu Verkehrsbehinderungen kommt auf dem Hohen Weg, die einen Rückstau bis zur Ampel verursachen.

Er merkt noch an, dass in Rheingönheim derzeit Eigentumswohnungen gesucht werden zwischen 80 und 100 m². Hierfür hätte man einen Teil der Fläche verwenden können. Für ältere Bürger wäre diese Lage ideal gewesen.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) sieht auch die Problematik mit dem Stau auf dem Hohen Weg. Bereits jetzt gibt es insbesondere für Radfahrer Situationen, welche nicht mehr überschaubar sind. Es wird durch diesen Neubau weitere Brennpunkte in der ohnehin schwierigen Verkehrssituation geben. Er ist weiterhin enttäuscht, dass keine barrierefreie, seniorengerechte Bebauung mitten im Ortskern angeboten wird. Zudem ist bei den elf Einfamilienhäusern wenig Parkraum eingeplant worden. Man muss heutzutage davon ausgehen, dass es in einer Familie mit großen Kindern bis zu vier Autos gibt.

Herr Pohl weist daraufhin, dass nach Landesbauordnung ein Stellplatz pro Haus vorgesehen ist.

Frau Ortsvorsteherin Appel kennt auch den Bedarf an seniorengerechten Wohnungen, aber sie weist darauf hin, dass es sich hier um ein privatrechtliches Verfahren handelt, bei dem der Bauherr bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen einen Anspruch auf Genehmigung hat.

Herr Ortsbeirat Zell ist der Meinung, dass die Problematik der Senioren nicht erkannt wird. Er weist auch auf die Erhöhung der CO₂-Emission im Ortskern hin.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) fragt nach der planungsrechtlichen Situation. Es wurde angesprochen, dass die Stadtverwaltung die Baugenehmigung erteilt hat. Es wurde eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erwähnt. Ist es richtig, dass es für dieses Gebiet hier keinen gültigen Bebauungsplan gab?

Herr Pohl bejaht diese Frage.

Herr Ortsbeirat Röth hat dazu noch eine Frage: Sind Träger der öffentlichen Belange gehört worden im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Erschließungsplanes?

Herr Pohl verneint und stellt fest, dass im Rahmen des § 34 angehört worden ist.

Herr Ortsbeirat Röth hält es im Rahmen seiner früheren beruflichen Erfahrung (Obere Bauaufsicht) und aus seiner persönlichen Sicht für gewagt, Einfamilienhäuser in diesem Bereich zu genehmigen auf Basis des § 34 Baugesetzbuch. Dies trifft nicht die Firma BSP, sondern die Verwaltung. Es wäre interessant die Einschätzung der Verwaltung zu hören für diesen Bereich, der sich durch eine ganz andere Bebauung kennzeichnet. Einfamilienhäuser hier nach § 34 zu genehmigen, das kann er nicht nachvollziehen.

Er bittet die Ortsvorsteherin bei der Stadtverwaltung nachzuhaken, warum diese Bebauung nach § 34 genehmigt wird.

Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) merkt an, dass die Firma BSP ein gutes Gewinngeschäft macht mit diesen Häusern und unabhängig von seinem Geschmack begrüßt er das Unternehmertum von BSP ausdrücklich. Die Kritik versteht er nicht. Ein barrierefreies Haus haben wohl die wenigsten Bürger.

Herr Pohl merkt dazu noch an, dass natürlich auch Sonderwünsche berücksichtigt werden und die Kunden ihre Räume auch barrierefrei bauen lassen können.

Herr Ortsbeirat Niedhammer teilt mit, dass er mit Frau Zodet vom Bereich Stadtplanung gesprochen und seine Meinung mitgeteilt hat bezüglich der Verkehrssituation und zu befürchtenden Staus im Hohen Weg. Ihm wurde mitgeteilt, dass keine andere Möglichkeit besteht. Die eingereichten Pläne sind in Ordnung.

Frau Ortsvorsteherin Appel hat noch eine Frage bezüglich des Zeitplanes. Wann ist der Abriss und die anschließende Bebauung vorgesehen?

Herr Schaaf teilt mit, dass im Februar 2017 mit den Abrissarbeiten begonnen wird. In ca. 6 bis 8 Monaten sollten dann alle Häuser fertiggestellt sein, also Ende des Jahres 2017.

Herr Ortsbeirat Röth stellt noch die Frage: „Wenn der Abriss beginnt, kann der Verkehr über das Schulgässchen abgewickelt werden oder wird dies über den Hohen Weg geschehen?“

Herr Schaaf teilt mit, dass Verkehrsbeeinträchtigungen im Hohen Weg nicht auszuschließen sind. Herr Pohl ergänzt, dass viele der Abrissarbeiten von innen ausgeführt werden können. Notfalls muss eine halbseitige Sperrung des Hohen Wegs beantragt werden.

zu 4 Anliegerverkehr in der Limesstraße

An die Ortsvorsteherin Frau Appel haben sich mehrfach Bürger aus der Limesstraße gewandt. In einem Bereich der Limesstraße sollten nach Wunsch einiger Bewohner an der Garagenseite die Verkehrszeichen „Durchfahrt verboten“ und „Anlieger frei“ aufgestellt werden. Begründung dafür ist, dass durch die Änderung der Limesstraße in eine Einbahnstraße und durch den neuen Kindergarten so ein starker Verkehr entsteht, dass die Anwohner nicht mehr aus ihren Garagen fahren können. Diese Anfrage wurde auch direkt an die Verwaltung geschickt.

Die Stadtverwaltung hat die Anfrage bei der Verkehrsrundfahrt geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Fahrgeometrie dieser Straße es nicht hergibt, dass allzu viele Autos diesen Teil der Straße als Abkürzung zum Kindergarten nutzen, dagegen spricht schon das Verkehrsschild „Vorfahrt achten“, wenn man auf die Einbahnstraße Limesstraße herausfährt. Zum anderen ist diese Einbahnstraße von der Breite und Verkehrsführung her besser zu durchfahren.

Die Polizei war auch bei der Verkehrsrundfahrt anwesend und sieht für die Beschilderung keine Notwendigkeit, weil aufgrund der personellen Situation auch keine Möglichkeit für Kontrollen bestehen würde.

Verkehrslenkungsmaßnahmen wurden ebenfalls geprüft, z. B. ein Verbot der Einfahrt aus Richtung Bgm.-Horlacher-Straße oder die vorgeschriebene Fahrtrichtung geradeaus. Diese Maßnahmen würden eher die Anwohner und Garagennutzer behindern, da sie einen Umweg fahren oder nicht mehr richtig in ihre Garagen einfahren können.

Deshalb hat die Verwaltung aus fachlicher Sicht die Änderung der Verkehrsführung oder Beschilderung verworfen.

zu 5 Zustand der Straßen im Stadtteil Rheingönheim

Die Ortsvorsteherin stellt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt den Ortsbeirat schon länger beschäftigt.

Sie liest einen Auszug aus der Stellungnahme des Bereichs Tiefbau vor:

„Zu diesem Thema hat die Verwaltung den Ortsbeirat mit Stellungnahme vom 09.08.2016 ausführlich informiert. Diese Stellungnahme hat unverändert Gültigkeit. Hinzuzufügen ist folgendes: Im Rahmen des Straßenausbauprogramms soll 2017/2018 die Königstraße zwischen Hauptstraße und Hilgundstraße ausgebaut werden. Derzeit ist die Planung im Gang. Diese soll im Mai mit dem Ortsbeirat und den Anwohnern diskutiert werden. Der Baubeginn ist für September 2017 vorgesehen, die Fertigstellung im März 2018. Vor den Straßenbauarbeiten laufen noch Maßnahmen der Stadtentwässerung der TWL.“

Die Frage nach dem Zustand der Straßen wurde nicht beantwortet.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) appelliert an die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte zu überlegen, ob es nicht ein sinnvolles Projekt wäre, Haushaltsmittel zu dem Zweck einer Bestandsaufnahme zur Verfügung zu stellen, um dann anschließend den Prioritätenkatalog abzuarbeiten, so wie es der WBL vorbildlicherweise mit den Kanälen macht.

Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) findet, es darf eigentlich kein zweites Mal passieren, dass man auf die Frage nach dem Zustand der Straßen keine Antwort erhält. Er ist entsetzt und wird dies dem zuständigen Dezernenten Herrn Dillinger auch mitteilen.

zu 6 Altglascontainer in Rheingönheim

Herr Kusche, WBL, Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, beantwortet zunächst den Fragenkatalog, welcher zum Thema Altglascontainer gestellt wurde.

Aus dem ursprünglichen Dualen System sind in der Zwischenzeit zehn Duale Systeme entstanden.

Auf einen Standort kamen früher 500 Einwohner, diese Quote ist mittlerweile gelockert worden, so dass 500 – 1.000 Einwohner pro Standplatz vorgesehen sind.

Es wurde bei Einführung des Dualen Systems 1992 festgelegt, dass Standplätze nach verwaltungsinterner Abstimmung zwischen der Stadtplanung, der Stadtbildpflege und der Stadtreinigung (heute WBL) abschließend in den Ortsbeiräten diskutiert werden, bevor die Container auf- oder umgestellt werden.

Die Sammlung von Glas ist rein privatwirtschaftlich organisiert, d. h. die Leistungen werden ausgeschrieben. Das beste Angebot erhält den Zuschlag. Derzeit ist die Firma Knettenbrech und Gurdulic in Ludwigshafen mit ihren eigenen Altglascontainern vertreten.

zu 6.1 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Umsetzung der Glas- und Kleidersammelcontainer Altholzweg

Frau Ortsvorsteherin Appel erläutert dazu, dass es zu dem Altglascontainer an der Neuhöfer Straße die Beschwerde einer Anwohnerin gab. Dieser Beschwerde wurde von Herrn Kusche intensiv nachgegangen. Es gab Abfälle, die neben den Containern abgestellt wurden und es wurde Rattenbefall gemeldet.

Herr Kusche berichtet, dass dieser Altglascontainer hier seit 1992 steht. Der Beschwerde wurde nachgegangen und mit einer häufigeren intensiven Reinigung reagiert. Am Standort fand ein außerplanmäßiger Heckenrückschnitt statt und der zuständige Bereich Stadtentwässerung wurde wegen der Rattenbekämpfung informiert. Der Standort wurde im letzten halben Jahr intensiv beobachtet.

Die Standorte werden im Zuge der Straßenreinigung mitgereinigt. Der Standort wird planmäßig einmal die Woche angefahren.

Bei der Begehung durch die Mitarbeiter des WBL wurden neben dem Container Dinge aus Glas, welche nicht in den Container passten (z. B. Mixeraufsätze, Bilderrahmenglas), vorgefunden, also nichts was Ratten anziehen könnte. Die Ratten kommen nach Ansicht des zuständigen Bereiches von den Feldern, wo sie ihr natürliches Habitat haben.

Aus diesem Grund sieht der WBL hier keine Erfordernis den Standort zu verlegen. Zumal auch geplant ist, im Zuge des Neubaugebiets an der Ecke Hoher Weg/Hilde-Domin-Straße einen zusätzlichen Container aufzustellen, um die Bewohner des Neubaugebiets Sommerfeld mit einem Container in zumutbarer Nähe zu versorgen.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) merkt dazu an, dass er durch die Bürgerin in diesen Vorgang einbezogen wurde. Er hat auch Fotos, welche er zur Verfügung stellen kann. Was hier abgelagert wurde, sei dem Bürger nicht zumutbar. Der Standort wird wahrscheinlich hauptsächlich angenommen von Bürgern aus Neuhofen. Rheingönheim kann nicht der Abfallplatz für den Rhein-Pfalz-Kreis sein. Er hat deshalb den Vorschlag gemacht, den Standort zur Richtung Arminia zu verlagern. Er wünscht sich, dass hier etwas unternommen wird, da es nach einer wilden Mülldeponie aussieht. Er kritisiert, dass die Umsetzung nicht vorgenommen wurde.

Frau Ortsvorsteherin Appel äußert sich dazu und stellt fest, dass sie die Kritik zurückweisen muss. Sie wäre nicht gegen eine Umsetzung gewesen, allerdings hat ihr Herr Kusche erklärt, dass es neue Planung gibt, die man auch sehr gut nachvollziehen kann. Man braucht einen zusätzlichen Container Richtung Arminia um den Bedarf abzudecken, d. h. man kann den Standort Neuhöfer Straße nicht dorthin versetzen. Die fachliche Einschätzung war somit anders und deshalb wurde dieser Tagesordnungspunkt noch einmal für die Ortsbeiratssitzung aufgenommen. Der von Herrn Ortsbeirat Ritthaler vorgeschlagene Ortstermin wurde aus diesem Grund nicht realisiert.

Es gibt eine Anwohnerin, die sich mehrfach beschwert hat, vorher gab es keine Probleme. Der Standort wird mehrfach pro Woche gereinigt, die Probleme sind inzwischen in den Griff bekommen.

Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) stellt fest, dass das Konzept aus dem Jahr 1992 ist. Die Meinung der Verwaltung ist eine ganz andere als die der Bürger vor Ort. Er merkt, dass in

Rheingönheim regelmäßig wilder Müll abgestellt wird, insbesondere in der scharfen Kurve an der Futterscheune. Der Bürger vor Ort sieht die Müllproblematik anders an als die Verwaltung, welche weiter weg sitzt und dies nicht so dramatisch empfindet. Er stimmt Herrn Ritthaler zu, auch wenn sich nur eine Bürgerin beschwert hat. Es gibt auch Bürger, die sich an anderer Stelle beschweren, z. B. bei den Ortsbeiräten. Die FDP wird den Antrag der Umsetzung des Containers unterstützen. Der Vorschlag ist vernünftig. Auch er ist der Meinung, dass dieser Standort sich hauptsächlich anbietet für die Neuhöfer Bürger.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) merkt an, dass die Container seit dem Jahr 1992 aufgestellt sind. Illegal oder sachfremd wird überall Müll abgeladen. Auch die Probleme mit den Ratten gibt es überall. Schuld sind die Bürger, welche auch hier wohnen. Gerade vor der Futterscheune steht sehr oft wilder Müll.

Zum Glascontainer in der Neuhöfer Straße kann er sagen, dass der WBL im letzten halben Jahr reagiert hat und die Situation sich verbessert hat. In den abgestellten Mülltüten rund um den Container befindet sich sehr oft Altglas, welches von der Größe her nicht in die Container passt oder die Container sind schon voll. Der Mülleimer der dort hängt, ist auch oft voll, dann liegt Abfall nebendran oder hängt am Zaun. Dies ist natürlich nicht in Ordnung. Trotzdem wird die SPD-Ortsbeiratsfraktion die Verlegung dieses Standortes nicht unterstützen, denn dann müsste über eine Verlegung aller 10 Standorte nachgedacht werden.

Herr Kusche merkt noch an, dass die Altglasentsorgung nicht über Gebühren finanziert wird. Jeder, der in ein Geschäft geht und Glas kauft, kauft die Entsorgung mit. D. h. auch ein Bürger aus Neuhofen darf sein Altglas in den Glascontainer in Rheingönheim einwerfen. Er hat beim Kauf die Entsorgung des Glases schon mitbezahlt.

Herr Ortsbeirat aus den Birken (SPD) fragt noch nach dem Entleerungsrhythmus der Firma Knettenbrech und Gurdulic.

Herr Kusche teilt mit, dass innerhalb der Ausschreibung eine Leerung mindestens alle 14 Tage vorgesehen ist oder bei Bedarf auch in kürzeren Abständen.

Frau Ortsvorsteherin Appel stellt den Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion zur Abstimmung. Es erfolgen 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen. Durch Stimmengleichheit ist der Antrag somit abgelehnt.

zu 7 Einrichtung eines Müllsammelplatzes im Neubruch

Die Ortsvorsteherin Frau Appel erklärt kurz, dass auch dieser Tagesordnungspunkt bereits bekannt ist. Im Bereich der Käthe-Kollwitz-Allee kommt es zu Problemen mit der Bereitstellung der Müllgefäße zur Leerung, da diese an ungünstigen Stellen aufgestellt werden und es sich um eine Privatstraße handelt, in welche man nicht einfahren kann.

Herr Kusche teilt mit, dass die Stellungnahme des WBL, Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, vorliegt. Er berichtet kurz dazu.

Über einen sehr langen Zeitraum wurde die Situation vor Ort beobachtet. Im August 2016 fand ein Ortstermin gemeinsam mit den Bereichen Tiefbau, Stadtplanung und Straßenverkehr statt.

Es wäre unter gewissen Voraussetzungen denkbar, dass man die Ecke im Bereich der Hauptfahrbahn der Käthe-Kollwitz-Allee umbaut zu einem Mülltonnenstandplatz. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 50.000,00 Euro. Die insgesamt 63 Abfallgefäße müssten eng an eng stehen, um dort alle Platz zu finden.

Die Mitarbeiter des WBL haben bemerkt, dass sich die Situation deutlich entschärft hat. Die Gefäße werden jetzt in der Stichstraße bereitgestellt und insofern klappt das Ganze gut bei der Abfuhr. Beschwerden sind keine bekannt geworden. Die Fotodokumentation wird von Herrn Kusche gezeigt.

Insgesamt ist die Situation sehr unüblich. Diese u-förmige Straße hätte man begradigen können, aber weil diese sich in privaten Händen befindet und die Bewohner „Nein“ gesagt haben, sind der Stadtverwaltung hier die Hände gebunden.

Eine bauliche Lösung ist nicht verhältnismäßig. Die jetzige Situation ist den Anwohnern durchaus zumutbar, da das Abstellverhalten sich hinsichtlich der Tonnen verbessert habe. Frau Ortsvorsteherin Appel bedankt sich bei Herrn Kusche und stellt fest, dass es sich um ein Versäumnis der Stadtverwaltung handelt. Bei Aufstellung des Bebauungsplanes hätte man auch die Müllversorgung berücksichtigen müssen. Dies hat man an dieser Stelle nicht getan. Der WBL hat jetzt die Probleme mit der Abfuhr.

zu 8 Evaluierung der neuen Eintrittspreise im Wildpark

Frau Ortsvorsteherin Appel erläutert, dass die Preiserhöhung im Wildpark Ende 2015 im Ortsbeirat beschlossen wurde. Die Entscheidungsfindung war nicht einfach, deshalb hat sie jetzt um eine Evaluation gebeten, wie sich die veränderten Preise auf die Besucherzahlen ausgewirkt haben. Ihr liegen Beschwerden vor zur Preiserhöhung.

Frau Wolter, WBL, Bereich Grünflächen und Friedhöfe, verweist auf die Stellungnahme von Herrn Tietze, ebenfalls Bereich Grünflächen und Friedhöfe, und erläutert dazu, dass es im Jahr 2016 84.000 Besucher gab, also weniger als im Jahr 2015 (91.000 Besucher). Sie sieht dies nicht in Zusammenhang mit der Preiserhöhung, sondern witterungsbedingt. Es gab in 2016 auch einen Sturm und der Wildpark musste geschlossen bleiben. Solche Vorkommnisse verhindern Besucherströme.

Bei einer Umfrage haben 70 % der Besucher den Eintrittspreis mit „gut“ bewertet, 20 % mit „zufrieden“ und es gab auch 10 %, die die Erhöhung nicht so gut gefunden haben. Die letzte Preiserhöhung fand zum 01.01.2016 statt, vorher gab es eine Preiserhöhung zum 01.01.2011. Im Jahr 2011 gab es ca. 90.000 Besucher, 2012 waren es 82.000 und 2013 nur 78.000. Das Thema Besucherzahlen hängt nicht nur mit den Preisen zusammen.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass Herr Neuschwender, WBL, zugesagt hatte, dass jährlich die Kostenentwicklung des Wildparks im Ortsbeirat vorgestellt werden soll, um diese auch weiter verfolgen zu können. Dies kann nach Jahresabschluss gemacht werden. Der Wildpark soll unbedingt als städtischer Wildpark und soziale Einrichtung erhalten bleiben. Der Förderverein trägt dazu bei, dass der Wildpark lebensfähig bleibt. Er dankt an dieser Stelle auch den Mitgliedern des Fördervereins.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) sieht die Besucherzahlen als ordentlich an. Wenn sich die Einnahmen für den WBL verbessert haben, dann ist dies ein gutes Zeichen. Er möchte an dieser Stelle noch erwähnen, dass man sich Gedanken über eine weitere Preiserhöhung machen sollte.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) möchte zunächst die Zahlen abwarten. Dies wird vor Mitte des Jahres nicht geschehen. Vor diesem Zeitpunkt ist eine erneute Preiserhöhung für die SPD-Ortsbeiratsfraktion kein Thema.

Frau Wolter merkt dazu an, dass bei Vorstellung des Jahresabschlusses im Werksausschuss und im Stadtrat klar gesehen werden kann, ob Handlungsbedarf besteht. Der Wildpark soll

weiterhin attraktiv gestaltet werden, es muss Investitionen, wie z. B. im letzten Jahr das Luchsgehege geben.

zu 9 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Hausärztliche Versorgung im Stadtteil

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert, dass dieser Tagesordnungspunkt vor ca. zwei Jahren schon einmal behandelt wurde. Allerdings war die Situation damals noch nicht so dramatisch. Das Thema Hausärztliche Versorgung beschäftigt nicht nur den Ortsbeirat sondern auch den Stadtrat. In Rheingönheim sind in den beiden Gemeinschaftspraxen bedauerlicherweise zwei langjährige Ärzte verstorben und somit zwei Kassenarztsitze vakant. Es gibt eine große Verunsicherung in der Bevölkerung, wie es in Rheingönheim weitergehen wird. Gerade wenn man sieht, wie sich in anderen Stadtteilen teilweise Medizinische Versorgungszentren aufgrund privatwirtschaftlicher Initiativen bilden und dadurch dort Kassenarztsitze gesichert sind. Ihm ist klar, dass die Politik relativ geringen Einfluss hat. Dennoch findet er es wichtig, dass der Ortsbeirat sich informiert, die Situation kennt und gegebenenfalls Gespräche geführt werden um zu erreichen, dass gerade für die ältere Bevölkerung Ärzte zur Verfügung stehen, dass die Wartezeiten vertretbar sind und dass auch ggf. die Stadt planungsrechtliche Voraussetzungen schafft und sich die Grundstückssituation anschaut, wo kann ggf. ein Versorgungszentrum entstehen? Selbst wenn die Politik die Kassenarztsitzverteilung hier nicht im Griff hat, so kann sie doch Rahmenbedingungen schaffen. Dies betrifft insbesondere die hauptamtlichen Vertreter. Die Ortsvorsteherin hat fast keinen Einfluss, aber sie kann auf die hauptamtlichen Vertreter einwirken, genauso wie es der Ortsbeirat kann. Es ist wichtig, hier Ärztinnen und Ärzte vor Ort zu bekommen, gerade weil es um hausärztliche Versorgung geht. Deshalb bittet er nochmal um einen Bericht der Verwaltung. Unter welchen Voraussetzungen kann ein medizinisches Versorgungszentrum entstehen, welche Standorte sind hier ins Auge zu fassen, benötigt man größere Grundstücke?

Die Ortsvorsteherin teilt dazu mit, dass sie vorab auch Kontakt mit dem Sozialdezernenten aufgenommen hat und mit einem Arzt der GOLU, welcher sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Er war auch für heute Abend eingeladen, ist aber leider verhindert. Eventuell ist hier noch ein neuer Termin nötig.

Die Antwort der Stadtentwicklung sagt aus, dass die Stadtverwaltung selbst keinen Einfluss auf die ärztliche Versorgung in der Stadt hat. Herr Adam hat die Anfrage an die Kassenärztliche Vereinigung weitergeleitet. Sobald eine Initiative aus der Ärzteschaft kommt für ein Versorgungszentrum, dann kann die Stadtentwicklung konkret etwas dazu sagen, doch zum jetzigen Zeitpunkt.

Die Ortsvorsteherin fasst kurz die Antwort zusammen:

Die Frage nach der geltenden Altersgrenze wird leider nicht beantwortet. Die rechtlichen Grundlagen sind folgende:

Im Mittelbereich Ludwigshafen besteht keine Niederlassungsmöglichkeit, da der Planungsbereich schon übertersorgt ist.

Die Frage nach der Wiederbesetzung der Kassenarztsitze in Rheingönheim wird folgendermaßen beantwortet: Bei Tod fällt der Vertragssitz weg, wenn nicht die Erben zeitnah ein Nachbesetzungsverfahren anstoßen. In einem Fall ist dies wohl geschehen. Hier wird ein Nachfolger geprüft. Die Kassenärztliche Vereinigung wird dann feststellen, ob die Nachfolge

in der Praxis machbar ist oder ob der Kassensitz verlegt werden kann. Auch hier liegt keine konkrete Aussage vor.

Für den zweiten Kassensitz in Rheingönheim ist noch kein Antrag eingegangen.

Auf die Frage „Was sind die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums im Stadtteil?“ kam folgende Antwort:

Die Voraussetzungen zur Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrum ergeben sich aus § 95 SGB V.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) schlägt vor, dass die Ortsvorsteherin Kontakt aufnehmen soll mit der Oberbürgermeisterin und dem Sozialdezernenten. Man muss Gespräche von der Verwaltungsspitze aufnehmen mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Man sollte auch anregen, ob nicht die privatwirtschaftliche Initiative zur Bildung eines Versorgungszentrums gefördert werden kann. Natürlich ist es die private Entscheidung der Ärzte, aber die Verwaltungsspitze kann Vorschläge machen, wo eine solche Ansiedlung möglich ist. Beispielsweise gibt es im Bereich der Wöllnerstraße in privater Hand ein größeres Gelände (ehemals Fitnessstudio Lieser), welches sich eignen würde, wenn der Eigentümer damit einverstanden wäre. Ansonsten gibt es im Zentralbereich keine geeigneten Grundstücke um z. B. ein Ärztehaus in der Größenordnung wie in der Gartenstadt zu bauen. Auch für kleinere Objekte gibt es kaum Grundstücke in Rheingönheim. Die Verwaltungsspitze sollte alles unternehmen, damit keine Kassensitze aus Rheingönheim weggenommen werden.

zu 10 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Gelder zur Renovierung der Außenfassade des Gemeindehauses

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) wollte gerne wissen, was mit den Geldern passiert ist, die damals noch der Ortsvorsteherin Uschi Jung zur Verfügung gestellt wurden von der Sparkasse Vorderpfalz. Es war damals geplant, dass die Außenrenovierung der Fassade damit durchgeführt werden soll. Es lagen zwei oder drei Angebote vor.

Frau Ortsvorsteherin Appel teilt mit, dass der Bereich Gebäudemanagement mitgeteilt hat, dass die Arbeiten bisher noch nicht ausgeführt werden konnten, weil die Stelle des baulichen Unterhalts nicht besetzt war und andere Prioritäten gesetzt werden mussten. Die Renovierung musste zurückgestellt werden. Inzwischen ist die Stelle besetzt und die Arbeiten sollen im Frühjahr 2017 ausgeführt werden.

Die Ortsvorsteherin hat sich den Vorgang und die Angebote noch einmal ausführlich angeschaut. Die Beträge liegen weit über dem der Spende.

Zur Erklärung fügt sie hinzu: Im Jubiläumsjahr 2013 wurden von der Sparkasse Vorderpfalz an jeden Ortsvorsteher 12.500,00 Euro zur freien Verwendung überlassen. Diese Gelder waren nicht zweckgebunden. In Süd wurde damit z. B. das Hafenfest finanziert.

Frau Ortsvorsteherin Appel sieht selbst, dass das Gemeindehaus stark sanierungsbedürftig ist. Vor allem der Keller ist nass und hier bröckelt der Sandstein. Der Bauunterhalt der städtischen Gebäude liegt aber bei der Stadt. Daher würde sie das Geld lieber anders anlegen. Für die Bürger hätte dies auch keinen Nutzen. Sie hat bisher keine Beschwerden über die Fassade des Hauses bekommen, aber z. B. über die nicht barrierefreie Treppe. Wobei das Geld auch nicht reichen würde für einen barrierefreien Umbau des Gemeindehauses.

Sie ist der Auffassung, dass die Renovierung, welche für 2017 angesetzt ist, aus städtischen Mitteln finanziert werden sollte. Dies ist Pflicht der Stadt.

Ihr Wunsch wäre, das Spendengeld für die Ortshistorie zu verwenden, zum einen für die Ortshistorie und zum anderen für die Bilderrahmen der alten Ortsvorsteher/innen im Sitzungssaal des Gemeindehauses.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) merkt dazu an, dass das Gemeindehaus in einem schlimmen Zustand ist und ein Streichen der Fassade nichts helfen wird. Er erinnert sich, dass das Gemeindehaus einmal in der Zeit des Ortsvorstehers Lauenstein (1989 bis 1999) gestrichen wurde und zumindest einmal in der Amtszeit von Ortsvorsteherin Jung (1999 bis 2014). Das Streichen hat aber den Zustand des Hauses nicht wesentlich verbessert. Das Fundament ist nass, es gibt große Probleme mit den Metallteilen an den Fenstern, diese rosten und der Sandstein bricht auf. Eine solche Sanierung ist äußerst teuer. Da reichen 12.500,00 Euro nicht aus.

Der Ortsbeirat sollte sich gemeinsam das Gemeindehaus anschauen und sollte die Stadt an ihre Instandhaltungspflicht erinnern. In der Vergangenheit gab es am Hintereingang des Gemeindehauses eine Problematik mit einem defekten Dachkandel, welcher über Monate nicht repariert wurde. Der Sandstein wurde nass, ist gefroren und aufgebrochen. Das Gebäudemanagement hat nicht reagiert auf mehrere Anfragen. Die Sache wurde erst nach Eintreten eines Frostschadens beseitigt und der damalige Kämmerer Herr Zeiser hat sich persönlich darum gekümmert.

Er unterstützt nachdrücklich den Vorschlag der Ortsvorsteherin dieses Geld für die Ortshistorie zu widmen und die Bilderrahmen hier machen zu lassen. Es könnte auch eine Informationstafel im Bereich des ehemaligen Römerkastells mit diesem Geld finanziert werden. Die Förderung der Ortsgeschichte ist ein wichtiges Anliegen und auch sinnvoll, vor allem da an anderer Stelle keine Gelder hierfür zur Verfügung gestellt werden. Die Instandhaltung des Gemeindehauses ist aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren und das Spendengeld der Sparkasse sollte für etwas verwendet werden, was rheingönheimerspezifisch ist und was sonst nicht finanziert werden kann.

Wenn Einigkeit herstellbar ist im Ortsbeirat, würde er das gerne im Protokoll so festhalten lassen, dass die 12.500,00 Euro für die Ortsgeschichte verwendet werden sollen. Das Thema Gemeindehaus kann man beispielsweise im nächsten Ortsbeirat auf die Tagesordnung nehmen. Dazu sollte jemand vom Gebäudemanagement kommen.

Frau Ortsvorsteherin Appel möchte gerne noch einmal darüber sprechen, wie man das Geld verwenden könnte.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) ist gerne bereit das Thema in der CDU-Ortsbeiratsfraktion zu besprechen und Vorschlagslisten auszuteilen. Mit dem Geld sollte etwas Sinnvolles gemacht werden.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) merkt noch an, dass die Elektrik im Gemeindehaus in einem desolaten Zustand ist. Es macht keinen Sinn, hier nur die Außenfassade zu streichen. Das Gemeindehaus befindet sich von Keller bis Dach in einer schwierigen Situation. Er würde sich auch gerne anschließen, dass man sich - evtl. auch außerhalb einer Ortsbeiratssitzung - über dieses Thema unterhalten muss. Es gibt garantiert bessere Verwendungsmöglichkeiten für dieses Geld.

Frau Ortsvorsteherin Appel möchte jetzt ein Einvernehmen im Ortsbeirat herstellen, dass das Geld nicht für die Renovierung benutzt werden soll.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) möchte dazu noch anmerken, dass über eine Renovierung des Gemeindehauses gesprochen wurde. Er spricht sich aus für ein komplettes Sanierungskonzept, welches das gesamte Gemeindehaus betrifft.

Frau Appel stellt den Vorschlag von Herrn Röth jetzt zur Abstimmung. Es gibt mit 7 Ja-Stimmen ein einstimmiges Ergebnis: Das Spendengeld der Sparkasse in Höhe von

12.500,00 soll nicht zur Renovierung der Außenfassade des Gemeindehauses verwendet werden.

**zu 11 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sanierung der Trauerhalle auf dem Rheingönheimer Friedhof**

Frau Wolter, WBL, Bereich Grünflächen und Friedhöfe, teilt mit dass im Trauerhallensanierungskonzept aus dem Jahr 2012 für die Trauerhalle Rheingönheim folgende Sanierungspunkte vorgesehen waren: Teilerneuerung von Heizungsanlage, Dach und Fassade und die Umgestaltung der Besuchertoiletten.

Die Heizungsanlage wurde inzwischen teilerneuert. Im Wirtschaftsplan 2017 sind 50.000,00 Euro für weitere Sanierungsschritte eingeplant. Mit den Arbeiten am Dach soll angefangen werden.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) sieht es als bedauerlich an, dass in der Vergangenheit zu wenig für die Trauerhalle gemacht wurde. Die Fenster an den Toilettenanlagen sind z. B. verrottet, weil sie nicht gepflegt wurden. Er begrüßt, dass jetzt endlich die Arbeiten am Dach angefangen werden. Eine Gesamtsanierung ist vorzusehen, damit das Gebäude nicht in einen noch schlechteren Zustand gerät und noch höhere Kosten nach sich zieht.

**zu 12 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Erstellung einer Ortsgeschichte durch die Verwaltung**

Die Ortsvorsteherin Frau Appel erläutert, dass sie bereits im Jahr 2014 mit dem Stadtarchiv gesprochen hat wegen der Erstellung einer Ortsgeschichte. Sie hat damals die Gewerbetreibenden von Rheingönheim angeschrieben und nachgefragt wegen Spenden bzw. altem Material. Einige Firmen zeigten sich auch sehr interessiert und spendenbereit. Ein Spendenkonto kann vom Stadtarchiv leider nicht eingerichtet werden, deshalb hat Frau Appel dies jetzt erledigt und den Gewerbetreibenden auch mitgeteilt, wo sie die Spenden hinüberweisen können.

Das Stadtarchiv war gebunden wegen der Veröffentlichung über die Kommunalpolitiker im Dritten Reich. Es gibt derzeit freie Kapazitäten und das Stadtarchiv kann mit der Arbeit an der Ortsgeschichte Rheingönheim beginnen. Die Veröffentlichung könnte in 2018 erfolgen. Frau Ortsvorsteherin Appel ist der Meinung, dass man mit dem Spendengeld der Sparkasse evtl. den Betrag, welcher über die Gewerbetreibenden finanziert wird, aufstocken könnte. Herr Ortsbeirat Röth (SPD) zeigt sich irritiert, wie die Stadtverwaltung mit der über 10 Jahre alten Zusage der Oberbürgermeisterin gegenüber Herrn Kirchenrat Hofmann umgeht. Am 27.02.2015 war dieses Thema im Ortsbeirat. Herr Dr. Mörz und Herr Dr. Becker haben das Projekt vorgestellt. Herr Dr. Röth zitiert den Text aus dem damaligen Ortsbeiratsprotokoll: „Herr Dr. Mörz und Herr Dr. Becker vom Stadtarchiv geben einen aktuellen Bericht zu der geplanten Ortschronik Rheingönheim ab und beantworten Fragen aus dem Ortsbeirat. Sie informieren darüber, wie so eine Ortschronik aussehen könnte, anhand von Beispielen aus anderen Stadtteilen. In den nächsten zwei bis drei Jahren könnte eine Ortschronik für Rheingönheim fertiggestellt werden. Da die Finanzierung nicht alleine über das Stadtarchiv erfol-

gen kann, bemüht sich Frau May derzeit darum, ortsansässige Firmen als Sponsoren zu gewinnen.“

Es gibt mittlerweile Sponsoren, aber leider hat das Stadtarchiv noch nicht mit der Arbeit an der Ortsgeschichte begonnen. Er hofft, dass sie als nächstes Projekt angegangen wird. Die Ortsgeschichte sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden.

zu 13 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Alternative Bestattungsformen

Frau Wolter, WBL, Bereich Grünflächen und Friedhöfe, teilt zum Memoriamgarten mit, dass in der Vergangenheit ein Termin stattfand. Nach nochmaliger Prüfung wurde der Bereich hinter der Trauerhalle ausgesucht. Hier wäre auch im Bedarfsfall eine Erweiterung möglich. Die Gespräche mit dem Verein für gärtnerbetreute Grabanlagen haben allerdings noch nicht stattgefunden.

Derzeit befindet sich der Bereich in der Planungsphase zu einer Friedhofskonzeption, welche extern erstellt werden soll. In Rheingönheim kann man sich Alternative Bestattungsformen vorstellen, allerdings soll dies in der Gesamtkonzeption abgesprochen werden.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) ist auch der Ansicht, dass das Thema in ein Konzept eingebracht werden muss. Er gibt aber zu bedenken, dass sich der Ortsbeirat bereits seit zwei Jahren mit dem Thema befasst. Passiert ist relativ wenig. Er bittet darum, dass jetzt endlich die Planungen weitergehen.

Auch Frau Ortsvorsteherin Appel bestätigt noch einmal, dass der Bedarf in Rheingönheim besteht. Sie hat oft Bürgeranfragen zum Thema Friedhof.

zu 14 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Neuer "Masterplan für die Grünflächenpflege in Ludwigshafen am Rhein"

Frau Wolter, WBL, Bereich Grünflächen und Friedhöfe, erklärt, dass heute die intensive Projektarbeit der letzten zwei bis drei Jahre vorgestellt werden soll. Der neue Masterplan wurde im Werksausschuss im Dezember 2016 und danach ebenfalls im Stadtrat verabschiedet.

Frau Dr. Steidle von der Firma Dr. Steidle consult wird den Masterplan zunächst vorstellen und anschließend können die Ortsbeiräte darüber in die Diskussion gehen. Zusätzlich gibt es 7 Fragen, welche die Ortsbeiratsmitglieder heute oder in einer der nächsten Sitzungen beantworten sollen.

Frau Dr. Steidle übernimmt die Präsentation. Zunächst erläutert sie den Auftrag und die Vorgehensweise, welche in vier Sitzungen mit dem Kompetenzteam besprochen wurde. Welche Flächen sind in Ludwigshafen zu pflegen? Welche Bedeutung haben die Flächen für die Ludwigshafener? Wie soll die Pflege aussehen? Welcher Aufwand ist erforderlich?

Die Bedeutung der Grünflächen in den Stadtteilen soll von den Ortsbeiratsmitgliedern beurteilt werden. So entstand die Idee, den Masterplan in allen Stadtteilen in den Ortsbeiratssitzungen vorzustellen. Die Realität soll ermittelt werden.

Der Masterplan gilt für alle Grünflächen, der Baumbestand ist dabei nicht berücksichtigt.

Es gibt 9 Objektarten, welche 90 % der Kosten verursachen:

- 01 Öffentliche Parkanlagen, Stadtteilpark
- 02 Öffentliche Parkanlagen, Quartierspark
- 03 Grünzüge und Grünverbindungen
- 04 Straßenbegleitgrün
- 05 Vegetationsflächen an Verkehrswegen
- 06 städtische Plätze
- 07 Spiel- und Bewegungsflächen
- 08 Kindertagesstätten
- 09 Schulen

Die Einteilung erfolgte aus fachlicher Sicht in drei Bewirtschaftungsklassen: Intensivpflege, Standardpflege und Mindestpflege. Es kann durchaus sein, dass im Stadtteil vor Ort eine andere Einteilung vorgenommen werden würde. Dies ist zu prüfen.

Es wurde errechnet, dass rund 40 Mitarbeiter mehr nötig wären, um das Mindestmaß an Grünflächenpflege unterzubringen.

Die Haushaltsmittelerhöhung wurde bewilligt. Es geht darum, dieses Geld sinnvoll einzusetzen.

Ludwigshafen hat sehr viele ökologische Flächen, diese müssen aber verkehrssicher gehalten werden. Es gibt auch Flächen für die essbare Stadt.

Fazit: Grünflächenpflege ist personalintensiv.

Die Haushaltsmittel werden angepasst. Es werden Pflegepläne erstellt.

Nun werden die 7 Fragen an die Ortsbeiratsmitglieder gestellt:

1. Was ist Ihnen wichtig?
2. Was wollten Sie immer schon über die Grünflächenpflege wissen?
3. Was kritisieren Sie? Was stört Sie?
4. Was finden Sie schön? Was gefällt Ihnen?
5. Welche sind die 10 wichtigsten Grünflächen?
6. Welche Flächen sind Ihnen egal?
7. Wenn das Geld fehlt, wo sollen wir anfangen? Was sollen wir pflegen? Gibt es eine Hierarchie?

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) bedankt sich für die Vorstellung, merkt aber an, dass die CDU-Ortsbeiratsfraktion sich gerne vorbereitet hätte, um die Fragen heute zu beantworten. Dies kann in der heutigen Sitzung nicht geschehen.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass die SPD-Ortsbeiratsfraktion die Vorstellung des neuen Konzepts beantragt hat aufgrund der Wichtigkeit. Er schließt sich aber der Meinung von Herrn Ortsbeirat Ritthaler an, dass die Fragen heute nicht beantwortet können. Die detaillierten Unterlagen müssen erst durchgearbeitet werden, um zu sehen was sinnvoll und realistisch ist. Der ländliche Stadtteil Rheingönheim verfügt über viele Grünflächen und hat somit eine ganz andere Struktur wie beispielsweise Mundenheim oder Süd.

Zusätzlich weist er noch auf den Zustand in der gesamten Stadt hin, dass Bäume gefällt wurden, aber keine Nachpflanzungen vorgenommen wurden. Dies wurde im Stadtrat auch diskutiert. Hier entsteht ein negativer Eindruck für die Stadt.

Er fragt bei Frau Dr. Steidle nach, ob das Konzept auch Grünflächenumgestaltung berücksichtigt. d. h. Grünflächen umgestalten und sie somit pflegeleichter machen. Dies sollte unbedingt noch mitaufgenommen werden. Wie kann man insgesamt ein ordentliches Stadtbild mit gepflegten Grünflächen herstellen?

Im Neubruch gibt es sehr viele kleine Grünflächen, welche einen hohen Pflegeaufwand verursachen. Man geht davon aus, dass die Anlieger sich darum kümmern, doch dies kann man nicht immer voraussetzen. Zumal auch Haushaltsmittel dafür verwendet werden.

Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) findet den Luitpoldhain und den Park hinter der Mozartschule sehr wichtig. Am Ende der Riedlangstraße befindet sich eine recht große Grünfläche in Richtung Feld. Dort steht meterhoch das Gras, was ihn sehr stört. Er sieht es auch als positiv an, dass es in Ludwigshafens Straßen sehr viel Grün gibt, z. B. in der Saarlandstraße. Auch der Ebertpark ist sehr schön angelegt. Es kommt aber auch darauf an, das Vorhandene zu pflegen.

Frau Wolter erklärt dazu, dass es dem WBL zunächst wichtig war das Konzept und die Fragen dazu vorzustellen. Für die Beantwortung ist ein Zeitfenster bis Ende Juni vorgesehen, also vor der Sommerpause. Es soll ein Dialog, eine Diskussion stattfinden. Gerne kann dies auch nochmal in einer späteren Ortsbeiratssitzung in Rheingönheim aufgenommen werden. Sie möchte noch klarstellen, dass die Mittel für die Grünflächenerhaltung aus dem Verwaltungshaushalt des WBL bereitgestellt werden. Die Finanzmittel wurden für die nächsten Jahre erhöht. Nach dem Prozess soll ein gepflegtes, kostengünstiges Grün mit Schwerpunkten in den Stadtteilen entstehen.

Das Thema Bäume wird in diesem Kontext auch begleitet. Viele Bäume sind in Bebauungsplänen vorgesehen.

Herr Ortsbeirat Röth fragt noch nach Beispielen zur Pflegeintensität, z. B. Mozartpark, Luitpoldhain, Straßenbegleitgrün. Wie sieht die Intensität in diesen einzelnen Bereichen aus?

Herr Ortsbeirat Ritthaler bittet auch um Ergänzung der Liste um die Kostenrechnung.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) sieht es als sehr positiv an, dass der WBL sich gegenüber den Ortsbeiräten öffnet.

Frau Dr. Steidle sagt zu, dass die Ortsbeiräte die gewünschten Tabellen erhalten werden. Die 7 Fragen könnten bis Juni vom Ortsbeirat beantwortet werden.

**zu 15 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Entfernung eines Zusatzschildes bei der Einmündung der Hauptstraße in
die Kornackerstraße**

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) erklärt, dass bei Einbiegung von der Hauptstraße in Richtung Kornackerstraße ein Verkehrsschild steht „Frei für Fahrzeuge Richtung Wertstoffhof“. Da man aber über die K 7 die Wertstoffhöfe auch anfahren kann, könnte man dieses Schild entfernen.

Frau Appel liest die Antwort des Bereichs Straßenverkehr vor:

„Die LKW-Sperrbeschilderung („Durchfahrt für Kraftfahrzeuge über 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht gesperrt“ und dem Zusatzschild „Lieferverkehr und Zufahrt zu den Betriebshöfen frei“) gilt für ganz Rheingönheim und ist an jeder Zufahrtsstraße in den Ortsteil aufgestellt um die Erschließung zu gewährleisten und dennoch den „reinen“ Durchfahrtsverkehr auszuschießen.

Dies ist unabhängig von der neuen Rechtsabbiegespur in die K 7 zu betrachten. Das Verkehrszeichen kann zur Sicherstellung der LKW-Sperrung für den Ortsteil Rheingönheim nicht entfernt werden.

Bauliche Gründe, die ein Befahren der Kornackerstraße mit Fahrzeugen über 3,5 t nicht mehr zulassen liegen derzeit nicht vor.

Vor diesem Hintergrund führt auch die erneute Anfrage zu keinem anderen Ergebnis.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
19:50 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.02.2017

Martina Majorosi
Schriftführer

Julia Caterina Appel
Vorsitzende/r